

## Redebeitrag für das Wohn- und Quartiersprojekt Holwedestraße

Dienstag, 6. November 2018

Ratsfrau Anke Schneider (DIE LINKE.), Redebeitrag zur Ratssitzung am 06.11.2018, unter TOP 4.3 "Wohn- und Quartiersprojekt Holwedestraße" Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Es gilt das gesprochene Wort.

Ich möchte voranstellen: Wir freuen uns sehr, dass aus unserer Initiative jetzt ein gemeinsamer, interfraktioneller Antrag hervorgegangen ist.

Der Antrag lautet: "Die Verwaltung wird gebeten, zeitgerecht einen städtebaulichen Wettbewerb für das Areal des Klinikums Holwedestraße auszuloben. Bei der Erstellung des Aufgabenkatalogs für den Wettbewerb ist die mögliche Realisierung eines Wohn- und Quartiersprojekts, z. B. für gemeinschaftliches Wohnen, zu berücksichtigen."

Alle reden von der demografischen Entwicklung. Die Gesellschaft verändert sich. Der Anteil älterer Menschen nimmt zu. In unserer auf berufliche Flexibilität setzenden Gesellschaft sind Familienzusammenhänge nicht mehr so stark wie früher. Immer mehr Menschen leben allein.

Ältere Menschen möchten nicht vereinsamen. Aber irgendwann sind sie auf Hilfe angewiesen. Ich möchte behaupten, jedem von uns wird das mal so gehen.

Hier setzt das Konzept an, dass vom Netzwerk "Gemeinsam Wohnen", dem Verein "ambet e.V." und dem Verein "Der Weg e.V." vorgelegt wurde. Darin wurde eine Projektskizze für den Umbau des nach der Verlagerung des Krankenhauses Holwedestraße frei werdenden Standortes in ein Wohn- und Quartiersprojekt erstellt.

Basis dieses Projektes ist die Kombination von gegenseitiger Unterstützung mit Angeboten professioneller Hilfe.

Altgebäude des Klinikums soll den Kern des Projektes bilden – mit gemeinsamen Wohnformen, möglichst generationenübergreifend, einer Servicewohngruppe, einer Wohn-Pflege-Gruppe und einer Studierendenwohngruppe. In den Nebengebäuden sollen neben Sozialwohnungen Inklusionsprojekte, Werkstätten und soziale Einrichtungen entstehen.

Die NiWo entwickelt derzeit am Alsterplatz ein ähnliches Quartierszentrum. Das ist ein Anfang, wird aber bei der Größe der Nachfrage nach solchen Projekten bei weitem nicht ausreichen.

Ältere Menschen möchten natürlich auch nicht weg aus ihrem Wohngebiet, nicht völlig herausgerissen werden aus ihrem gewohnten Umfeld, ihrem Bekanntenkreis.

Wir sind überzeugt: Für die Menschen aus dem Westlichen Ringgebiet wäre das heutige Gebiet der Holwede-Klinik ein ideales Gelände für ein Stadtteilzentrum!

Das sieht auch die Verwaltung so! Im November 2015 wurde vom Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz die Broschüre „Gemeinschaftliches Wohnen – Projekte in Braunschweig“ herausgegeben. Diese Broschüre enthält eine Übersicht

über Wohngebiete, die für das gemeinschaftliche Wohnen besonders geeignet sind. Dabei wird auch das Klinikumsgebäude in der Holwedestraße als besonders geeignet dargestellt. In der Broschüre heißt es: „Das drei- bis viergeschossige Klinikumsgebäude mit den östlich vorgelagerten parkartigen Grünflächen eignet sich insbesondere für Bauherren, die nicht nur gemeinschaftlich bauen, sondern auch wohnen wollen.“

Im Dezember 2017 wurde auf Antrag der SPD-Fraktion der folgende Ratsbeschluss einstimmig gefasst: "Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Netzwerk Gemeinsam Wohnen und den Wohnungsbaugesellschaften eine Organisationsstruktur für ein Modellprojekt zum gemeinschaftlichen Wohnen in Braunschweig zu entwickeln."

Dazu wurde im März 2018 nach einer auf das Gelände in der Holwedestraße bezogenen Ratsanfrage der Linksfraktion dem Rat u.a. mitgeteilt: "Gemäß des Ratsauftrags, [...], wird die Verwaltung Gespräche aufnehmen und die Möglichkeiten zur Realisierung auch an diesem Standort erörtern."

Weiter wurde auf die Ratsanfrage mitgeteilt, dass mit einer Standortaufgabe in 2023 zu rechnen und vier Jahre vorher ein städtebaulicher Wettbewerb auszuloben sei. Das wäre also jetzt!

Als Grundlage für diesen Wettbewerb halten wir das vorliegende Konzept des Netzwerkes „Gemeinsam Wohnen“ für sehr geeignet.

Ein meistbietender Verkauf dieser zweifellos attraktiven Immobilie an private Investoren muss unbedingt ausgeschlossen werden.

Deshalb hoffen wir auf eine breite Unterstützung unseres Antrages.